

Volker Kauder

Hartz IV: Nicht nur fordern, sondern auch fördern!

Die CDU/CSU hält an den Grundsätzen der Arbeitsmarktreform Hartz IV fest; wir haben die gesetzlichen Regelungen mit beschlossen und tragen diese verantwortlich mit. Leider hat die Bundesregierung aber in drei Bereichen Kardinalfehler begangen, an denen die Union keinen Anteil hat

und die wir mit Sicherheit nicht gemacht hätten:

- Schröder und sein Kabinett haben in all den Fragen unterhalb der gesetzlichen Regelung, die sie allein bestimmen konnten, wieder einmal die schon berühmten handwerklichen Fehler begangen. Gemeint ist der erste Auszahlungstermin,

die Anrechnung von Vermögen der Kinder, der Umgang mit Ausbildungsversicherungen usw.

- Schröder und sein Kabinett haben den Menschen in unserem Land weder diese Arbeitsmarktreform noch ihre Politik insgesamt erklärt oder erklären können.

- Schröder und sein

HEUTE AKTUELL

■ Georg Milbradt: "Ministerpräsidenten des Jahres" (S. 4) ■ CDU Mecklenburg – Vorpommern auf der HanseSail (S. 5) ■ H.Sauer: Schröder ignoriert in der Vertreibungsfrage deutsches und internationales Recht (S. 6) ■ Die PR-Regierung – der Medienkanzler und seine Werbemillionen (S. 8) ■ D. Austermann: Haushalt 2005 definitiv verfassungswidrig (S.9) ■ H. Heidenreich: Klonierung in Europa erzwingt politische Grundsatzentscheidung (S. 9) ■ M. Eichborn, R. Pawelski: Bundesregierung versteckt sich hinter fehlenden Daten (S. 10) ■ D. Fischer: Lkw-Mauteinführung zügig voranbringen (S. 11) ■ A. Widmann-Mauz: Reform der sozialen Pflegeversicherung schon wieder Makulatur (S. 11) ■ M. Meister: Auswirkung der Tabaksteuererhöhungen überprüfen (S. 12) ■ G. Krings, J. Klöckner: Steuererhöhung statt Jugendschutz ist realitätsfremd (S.13)

► Kabinetts haben aber den schlimmsten Fehler begangen, indem sie nur die eine Seite der Reformmedaille geprägt haben: wenn man die Menschen mehr fordern will Arbeit anzunehmen, muss man auch Arbeitsplätze schaffen. Die Regierung hat aber alle Maßnahmen unterlassen, die mehr Arbeitsplätze erzeugen könnten und von uns vorgeschlagen werden. Damit bürdet man den Menschen schmerzhaft aber notwendige Korrekturen auf, ohne ihnen auch die Hoffnung und die ebenso notwendige Förderung zu geben.

Die Nachbesserungen bei der Umsetzung, wie sie in der eiligst angesetzten Krisensitzung der Regierung beschlossen wurden, werden von der Union mitgetragen. Sie sind aber die Notreaktion Schröders auf bis dahin geradezu dilettantisches Vorgehen bei der exekutiven Ausgestaltung der Gesetze und vor allen auch bei der Aufklärung und Information der Bevölkerung.

Die Regierung hatte das mit uns vereinbarte Gesetz

miserabel umgesetzt. Das ist der Hauptgrund für die Proteste und Demonstrationen gegen die Reform. Das Vorhaben, den erstmaligen Zahlungstermin für das neue Arbeitslosengeld II vom Januar in den Februar zu verlegen, diente nur der Haushaltssanierung auf dem Rücken der Betroffenen. Der rot-grüne Haushalt sollte hier auf Kosten der Arbeitslosen um 1,4 Milliarden entlastet werden, indem bisherige Arbeitslosenhilfeempfänger im kommenden Jahr nur elf statt zwölf Monate lang Unterstützung erhalten. Diese Umsetzungsregelung ist von Wirtschaftsminister Clement außerhalb der gemeinsamen Beschlüsse mit der Union entwickelt worden.

Mit diesen ständigen handwerklichen Fehlern und Alleingängen verunsichert Rot-Grün die Menschen noch weiter und gefährdet so den Erfolg der wichtigen Arbeitsmarktreform. Es steht zudem einem Bundeswirtschaftsminister nicht gut zu Gesicht, in einer solchen Situation zunächst dem Kanzler gegenüber schriftlich zu

IMPRESSUM

UID

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Harald Walter, Klingelhöferstraße 8, 10785 Berlin, Telefon 0 30-2 20 70-3 72, e-mail: uid@cdu.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Telefon 0 22 26-8 02-0, Telefax 0 22 26-8 02-1 11-3 33. Vertrieb: Telefon 0 22 26-8 02-2 13, e-mail: oliver.murmann@ubg-medienzentrum.de. Verlagsleitung: Bernd Profflich. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 32,00 € Einzelpreis 1,00 €. Abbestellung schriftlich oder per e-mail nur unter Einhaltung einer Frist von 3 Monaten zum Quartalsende. Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.

erklären, dass er für die Klärung dieser Fragen nicht aus dem Urlaub zurückkommen und mit den Menschen sprechen will, um das Gesetz zu erklären. Deutschland musste leider auf diese eilige No- toperation auch warten, bis auch der Kanzler aus seinem Urlaub zurückgekehrt war.

Manche Fragen der Arbeitsmarktreform sind weit weniger dramatisch als sie mitunter dargestellt werden, in vielen Punkten sind die Freigrenzen und Möglichkeiten für Arbeitslosengeld- und Sozialhilfeempfänger sogar großzügiger als bisher. Dies betrifft Fragen der Zulässigkeit eines Autos, der Freigrenzen für das Vermögen der Kinder (dreimal so hoch wie bisher) und anderes mehr. Schröders Regierung aber hat die Menschen überfallen mit einem 16-seitigen Fragebogen, ohne ihnen vorher zu erklären, worum es eigentlich geht. Auch dies ist ein ewiger Fehler Schröders: wenn man keinen Plan und kein Ziel seiner Politik hat, gelingt es auch nicht, politische Maßnahmen den Menschen in unserem Land zu erklären und sie auf diesen Weg mitzunehmen.

Es ist bereits vor der Bundestagswahl unser Vorschlag gewesen, die Sozial- und die Arbeitslosenhilfe

zusammenzuführen. Vom Grundsatz her ist dies richtig, und daher stehen wir auch dazu.

Aber es muss in der Diskussion vor allem darum gehen, wie mehr Arbeit in ganz Deutschland und vor allem im Osten geschaffen werden kann, um den Beziehern des neuen Arbeitslosengeldes II eine Perspektive zu schaffen. Ansonsten ist das Hauptziel von Hartz IV, die Menschen in Arbeit zu bringen, nicht zu erreichen. Die Union hat von Anfang an eine stärkere Verpflichtung des Staats oder der Kommunen festschreiben wollen, Arbeit anzubieten. Daher muss man noch einmal über die Idee von kommunalen Beschäftigungsgesellschaften nachdenken, die Arbeitskräfte ausleihen könnten. Und wir brauchen Arbeitsplätze im ersten Arbeitsmarkt. Die Bundesregierung muss unsere Idee eines staatlich geförderten Niedriglohnsektors endlich aufgreifen.

Um Arbeitsplätze zu schaffen gehört es eben auch dazu, den Arbeitsmarkt von Behinderungen zu befreien, damit zu Gunsten der Arbeit suchenden auch Arbeitsplätze entstehen können. Gemeint sind rechtliche oder bürokratische Belastungen für die Unterneh-

men, die sie bisher davon abhalten, Arbeitsplätze zu schaffen. Selbst der Namensgeber der Schröderschen Arbeitsmarktreform Peter Hartz kritisiert, dass bei den Gesetzen der Regierung wesentliche Teile des Konzepts fehlen und so jedenfalls nicht wie von ihm vorhergesehen für 2 Millionen Menschen ein neuer Arbeitsplatz geschaffen werden wird.

Das Zusammenlegen von Arbeitslosen- und Sozialhilfe ist richtig, aber wir hätten dies anders gemacht: Das Hauptproblem ist, dass es zu wenig Arbeit gibt. Wenn man nicht auch die zweite Seite der Medaille der Arbeitsmarktreform angeht, werden die Menschen nurgefordert, aber nicht genug gefördert. Damit bleibt Schröder mutlos auf halbem Weg stehen, ohne dass ein Erfolg erkennbar ist. Seine Politik hat bisher dazu geführt, dass in Deutschland täglich tausend Arbeitsplätze verloren gegangen sind und bei der Entwicklung des Pro-Kopf-Einkommens im internationalen Vergleich Deutschland auf den vorletzten Platz zurückgefallen ist. Eine solche Entwicklung unter dieser Regierung hält auf die Dauer kein Land aus.

Volker Kauder ist der Erste Parlamentarische Geschäftsführer der Bundes- tagsfraktion.

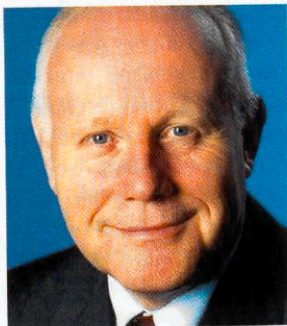
Georg Milbradt zum „Ministerpräsident des Jahres“ gewählt

Der Freistaat Sachsen macht unter allen 16 Bundesländern die größten ökonomischen Fortschritte. Das belegt das zweite Bundesländer-Ranking der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) und der WirtschaftsWoche.

Die Studie ist ein umfassender Vergleich der 16 Bundesländer und bewertet in einem „Dynamik-Ranking“ die Entwicklung der Länder im Zeitraum 2001 bis 2003. Grundlage der Analyse, die von einem Forscherteam unter Leitung des Instituts der Deutschen Wirtschaft Consult GmbH erstellt wurde, sind 30 ökonomische und standortrelevante Indikatoren von der Wirtschaftskraft bis zu den Bildungsausgaben.

Der sächsische Regierungschef Georg Milbradt wird Ministerpräsident des Jahres 2004 und erbt den Titel von seinem saarländischen Kollegen Peter Müller, der im Vorjahr gewann. Der Preis wird am 9. September 2004 in Berlin im Rahmen eines Festaktes verliehen.

Sachsen führt das Ranking klar vor Niedersachsen und Rheinland-Pfalz an. Durchge-



hend gute Noten bei der Entwicklung der Faktoren Wohlstand, Struktur und Standort hätten den Freistaat von Platz 6 im Vorjahr ganz nach vorne gebracht, heisst es in der Urteilsbegründung. Fördergelder würden schon seit der Regierungszeit von Kurt Biedenkopf schwerpunktmäßig und nicht mit der Gießkanne verteilt, lobte der stellvertretende Politikressortleiter der „Wirtschaftswoche“, Bert Losse, bei der Preisverleihung. In dem Freistaat seien mittlerweile „hochproduktive Cluster“ wie die Automobilindustrie und die Mikroelektronik entstanden. „Das größte Wirtschaftswachstum, die zweithöchsten Investitionen und das geringste Schuldenwachstum machen Sachsen zum Shootingstar unter den

deutschen Bundesländern“, begründete der Geschäftsführer der Initiative, Tasso Enzweiler, das Ergebnis des Rankings. Auch der stellvertretende Chefredakteur der WirtschaftsWoche, Klaus Methfessel, lobte die außerordentliche Leistung der Sachsen: „Der Freistaat hat den föderalen Wettbewerb angenommen und sich trotz der schwierigen Bedingungen in Ostdeutschland durchgesetzt.“

Zu den Gewinnern des Rankings zählt auch das von Ministerpräsident Böhmer regierte Sachsen-Anhalt, das sich – vor allem wegen starker Produktivitätszuwächse – von Rang 12 auf Platz vier verbesserte. Der von Ministerpräsident Dieter Althaus regierte Freistaat Thüringen verbesserte sich auf Platz 10.

Das Bundesländer-Ranking bewertet die Entwicklung der Bundesländer nach den Faktoren Struktur, Standort, Wohlstand und Arbeitsmarkt. Mit dem Messinstrument „Unternehmensperformance“ fließen auch konkrete Daten von 22.000 Unternehmen in den Ländervergleich ein.

CDU Mecklenburg-Vorpommern

Mit eigenem Schiff bei HanseSail

Zum dritten Mal war die CDU Mecklenburg-Vorpommern auf der HanseSail vertreten. Wie in den vergangenen Jahren stach die Nordost-CDU wieder mit dem Eisbrecher „Stettin“ in See.

Mitglieder aus vielen Kreis- und Ortsverbänden, Wahlhelfer, die Mitglieder des Landesvorstandes, Kreisvorsitzende und Kreisgeschäftsführer sowie die Vorsitzenden der Vereinigungen der CDU Mecklenburg-Vorpommern waren am 5. August 2004 im Rostocker Stadthafen mit dabei und stachen in See.

Die traditionelle Ausfahrt zur HanseSail war in diesem



Eckhardt Rehberg begrüßte die rund 200 Teilnehmer

Jahr auch ein Dankeschön an viele Wahlkämpfer und Organisatoren vor Ort, nachdem die Nordost-CDU bei den Europa- und Kommunalwahlen ein Spitzenergebnis erreicht hatte. Die CDU unterstreicht so, dass nicht nur

zusammen gekämpft und politisch gearbeitet wird, sondern das auch das gemeinsame Feiern in der Parteilarbeit nicht zu kurz kommt, meinte Landesgeschäftsführer Klaus-Dieter Götz.

40 JAHRE IN DER CDU: EHRUNG FÜR WERNER STUMP

Der Landrat des Rhein-Erft-Kreises, Werner Stump, wurde jetzt für seine 40-jährige Mitgliedschaft in der Christlich Demokratischen Union ausgezeichnet.

Der 1943 in Siegen geborene Politiker, der seine Tätigkeit 1964 im öffentlichen Dienst begann, bekleidete das Amt des ehrenamtlichen Bürgermeisters der Stadt Kerpen von 1979 bis 1987. In den Jahren 1985 bis 1999 war er Abgeordneter im Landtag von NRW.



Der Landesvorsitzende Jürgen Rüttgers und Michael Breuer überreichten dem Jubilanten die goldene Ehrennadel

Michael Breuer MdL, Vorsitzender der CDU Rhein-Erft, hob in seiner Laudatio die vielfachen Verdienste des heutigen Landrates hervor: „In seiner Funktion als Land-

rat hat Werner Stump den Rhein-Erft-Kreis zum wirtschaftsstärksten und attraktivsten Kreis in Nordrhein-Westfalen gemacht. Er ist ein Politiker mit Weitblick, der

das Wohl der Menschen immer im Auge behält. Ich danke Werner Stump für sein jahrzehntelanges Engagement. Für die Menschen und für die CDU.“

Helmut Sauer (Salzgitter):

Schröder ignoriert in der Vertreibungsfrage deutsches und internationales Recht

Die angemessenen Worte des Bundeskanzlers zum Kampf der Warschauer Heimatarmee gegen den Terror der deutschen Besatzer waren wohl überlegt. Aber seine Aussagen zur ungelösten Entschädigungsfrage für die deutschen Heimatvertriebenen offenbaren sein nicht vorhandenes historisches Einfühlungsvermögen.

Es war meines Ermessens sogar ein Versuch zu testen, ob und wie er die völkerrechtliche und die deutsche Rechtslage zu Lasten der Vertriebenen umgehen könnte!

Sein „Basta“ gegenüber den eigenen Landsleuten ist unangebracht. Seine den Polen versprochenen Einmischungsversuche bei den Europäischen Gerichtshöfen in Straßburg und Luxemburg zeigen, wie er sich mit nichts sagenden Leerformeln populistisch aus seiner Verantwortung stehlen wollte.

Soeben hat im Juni 2004 ein Nachkomme eines aus dem ehemals polnischen Lemberg Vertriebenen vor dem Europäischen Gerichtshof ein Urteil gegen die Warschauer Regierung wegen



Helmut Sauer (Salzgitter)

Vermögensfragen erstritten.

Nach meiner empfehlenden Parlaments-Berichterstattung zur Bundestagsdrucksache 12/7320 hat der Deutsche Bundestag am 23. Juni 1994 einstimmig festgestellt: „Vertreibung jeder Art ist international zu ächten und als Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu ahnden. Wer vertrieben wurde, hat Anspruch auf die Anerkennung seiner Rechte.“

Will Schröder bei der Tragweite des Beschlusses und der noch weitergehenden Beschlüsse des Menschenrechtsausschusses der Vereinten Nationen (Rückkehrrecht, Eigentumsrückgabe u.ä.) wirklich die Europäischen Gerichtshöfe bevormunden?

Eindeutig verletzt er bereits die diplomatische Schutz- und Obhutspflicht, wenn er die deutsche Rechtslage aushöhlt bzw. sich davon distanziert.

Geradezu abenteuerlich sind die Hinweise des Finanzministers Eichel und der rot-grünen Fraktions-Sommerstallwachen zum Lastenausgleichsgesetz, um innerstaatliche Regelungen abzuwickeln.

Das LAG stellt ausdrücklich fest, dass es die völkerrechtswidrige, entschädigungslose Entziehung deutschen Vermögens nicht tangiert, da es lediglich – siehe CDU- Bundesvertriebenenminister Dr. Hans Lukaschek – als Eingliederungshilfe und Starthilfe im Westen geschaffen worden ist. Die SPD- und FDP- Fraktion des 1. Bundestages stimmten dieser Interpretation zu.

Die ausgezahlten Beiträge waren niemals als endgültige Entschädigung angesehen worden, zumal sie weit unter den tatsächlichen Verkehrswerten lagen.

Das Lastenausgleichsarchiv in Bayreuth und das Bundesausgleichsamt in Bad

Homburg stehen für Informationen zur Verfügung, insbesondere letzteres auch darüber, wie das LAG gegenüber Aussiedlern angewandt wird, wenn LAG-Fördermittel zurück verlangt werden (Rückkehr nach Polen; dortige Grundbucheintragen).

Der Kanzler sollte mit seinen rot-grünen Fraktionen aufhören, den Faktor „Zeitablauf“ unterschiedlich für die vielfältigen Opfergruppen der Nationalsozialisten im In- und Ausland anzuwenden.

Wir Vertriebene sind nicht als Opfergruppen zweiten- und dritten Grades zu betrachten.

Unsere Vertreibung ist und bleibt ein „völkerrechtlich zu ächtendes Unrecht, das weder durch deutsche Kriegsschuld noch durch den Nationalsozialismus zu rechtfertigen ist“, wie Bundespräsident Herzog es tref-

fend beschrieben hat. Muss dem Bundeskanzler erst erklärt werden, dass das Vertreibungsverbrechen nicht mit dem vorhergehenden Naziverbrechen gerechtfertigt und entschuldigt (wenn auch erklärbar) werden kann?

Der Hochkommissar für Menschenrechte bei den Vereinten Nationen schrieb an den BdV: „Das Recht aus der angestammten Heimat nicht vertrieben zu werden, ist ein fundamentales Menschenrecht.“

Die Völkerrechtswidrigkeit der Eigentumsentziehung (Haager Landkriegsordnung) ist festgestellt und harret einer Lösung. Der Kanzler kann auf Privateigentum anderer Menschen überhaupt nicht verzichten bzw. einer wenn dann nachträglicher deutscher Enteignung zu Lasten der Vertriebenen das Wort reden!

Wir verlangen, das betrifft gar nicht in erster Linie die Vermögensfrage, generell eine am Allgemeinwohl aller beteiligten Völker ausgerichtete Heilung der Vertreibungswunden und dies mit europäischer Zielrichtung.

Vor allem Ungarn, Rumänien und die Baltischen Staaten sind ernsthaft darum bemüht und haben dankenswerterweise Lösungsvorschläge vorgelegt.

Helmut Sauer ist der Bundesvorsitzende der Ost- und mitteldeutschen Vereinigung der CDU/CSU und Sprecher der in der CDU/CSU organisierten Heimatvertriebenen.

Weitere Informationen zur Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung finden Sie auch im Internet unter www.cdu.de/omv



CDU-Mitgliedernetz: Jetzt mit auch mit persönlichem PASSWORT

Die Nutzer des CDU Mitgliedernetzes kennen das Problem. Die Einwahl in das CDUnet mit Hilfe der Mitgliedsnummer ist recht umständlich. Nicht jeder hat den Mitgliedsausweis stets bereit und nur wenige können sich eine 10stellige Ziffernkombination merken. Daher haben wir die Identifizierungs-

Möglichkeiten jetzt erweitert und vereinfachen so die Einwahl. Ab sofort können Sie selbstständig ein Passwort wählen, das ab der folgenden Einwahl die Eingabe der Mitgliedsnummer ersetzt. Sollten Sie das Passwort einmal vergessen: Kein Problem! Die Mitgliedsnummer funktioniert wei-

terhin parallel als Identifizierungsmerkmal.

Schauen Sie einfach mal im CDU-Mitgliedernetz unter www.cdunet.de vorbei. Sie finden dort unter anderem die Möglichkeit zur Materialbestellung, Diskussionsforen, eine Ideenbörse oder Angebote zum preiswerten mobilen telefonieren.

Die PR-Regierung

Der Medienkanzler und seine Werbe-Millionen

Rot-Grün gibt jährlich weit über 200 Millionen Euro für Werbung und PR aus. Diese Summe haben der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Haushalt, Dietrich Austermann, und der zuständige Berichterstatter im Haushaltsausschuss, Bernhard Kaster, jetzt ans Licht gebracht.

Die Antwort der Bundesregierung auf eine Große Anfrage zum Ausmaß ihrer Öffentlichkeitsarbeit hatte die CDU/CSU-Bundestagsfraktion zum Anlass genommen, sämtliche Ausgaben für rot-grüne Anzeigen und Plakate einmal detailliert aufzulisten. In einer 20seitigen Broschüre haben Dietrich Austermann und Bernhard Kaster dabei unzählige Rechtsverstöße detailliert und mit Belegen nachgewiesen. Summiert man die Beträge auf, ergibt sich, dass die Ausgaben für Öffentlichkeitsarbeit fast doppelt so hoch sind, wie bisher eingestanden. Um an zusätzliche Millionen-Beträge für rot-grüne Image-Werbung zu gelangen, wird das Haushaltsrecht missachtet, umgangen und ignoriert kri-



Bernhard Kaster und Dietrich Austermann

tisierten Dietrich Austermann und Bernhard Kaster bei der Vorstellung der Broschüre vor rund zwei Dutzend Journalisten.

Die Veröffentlichung bringt unter anderem ans Licht, dass die Ministerien verschiedenste Haushalts- 'Töpfe' rechtswidrig zur Finanzierung ihrer Regierungswerbung missbrauchen. Neben den offiziellen Mitteln für Öffentlichkeitsarbeit, für die es bestimmte Haushaltstitel gibt, werden auch für Fachinformationen und Broschüren vorgesehene Haushaltstitel für Zeitungsanzeigen und Plakate missbraucht. Selbst aus öffentlichen Zuschussprogrammen, mit denen eigentlich die Bürger finanziell unterstützt

werden sollen, werden Millionenbeträge für Anzeigen, Plakate und Kinospots abgepumpt, ergibt die aufwendige Recherche. Summiert man diese Beträge auf, ergibt sich, dass die Ausgaben für Öffentlichkeitsarbeit mehr als doppelt so hoch sind, wie bisher eingestanden. Die Recherchen und Berechnungen sind mit 59 detailliert nachgewiesenen Quellen versehen und stehen im Internet auf der Seite der Bundestagsfraktion unter www.cducus.de der Öffentlichkeit zur Verfügung.

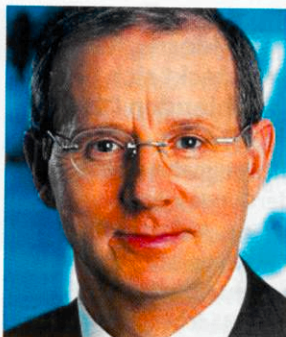
Je schlechter die Arbeit der Bundesregierung, desto mehr müsse sie offensichtlich für Öffentlichkeitsarbeit ausgeben, so das Fazit von Austermann und Kaster.

Haushalt 2005 definitiv verfassungswidrig

Erklärung zur Entscheidung der Bundesregierung, den Auszahlungstermin des Arbeitslosengeldes II (ALG II) auf den Anfang des Monats zu verschieben:

Im Streit in der Regierung um den Auszahlungsmodus beim ALG II hat der Bundesfinanzminister erneut den Kürzeren gezogen. Die gestrige Entscheidung im Bundeskanzleramt kostet Eichel 1,4 Mrd. € zusätzlich, die im Haushalt 2005 nicht ausgewiesen sind. Damit steht fest, dass der Haushalt im kommenden Jahr erneut von Anfang an verfassungswidrig sein wird, dann zum vierten Mal in Folge.

Dabei muss Eichel bereits für den Nachschlag für die Kommunen von 1,4 Mrd. €, der im Vermittlungsverfahren zum Optionsgesetz verhandelt worden war, gerade stehen. Dieser soll über eine Globale Minderausgabe im Haushalt eingespart werden. Schon dieses Vorhaben ist höchst zweifelhaft. Nun kommen weitere 1,4 Mrd. auf Eichel zu, die ebenfalls nicht durch Einsparungen erbracht werden dürften. Bei einer Nettokreditaufnahme von 22 Mrd. € und Investitionsausgaben von 22,8 Mrd. €



Dietrich Austermann

bedeuten die Zusatzausgaben in Höhe von insgesamt 2,8 Mrd. €, dass der Haushalt bereits im Entwurf um rd. 2 Mrd. über der Verfassungsgrenze, die nach dem Grundgesetz durch die Höhe der Investitionen bestimmt ist, liegen wird. Dabei ist noch nicht berücksichtigt, dass die Zahl der Langzeitarbeitslosen weiter steigt.

Hartz IV ist wie der Haushalt 2005 auf Sand gebaut.

Dietrich Austermann ist der haushaltspolitische Fraktionsprecher.

Erste Menschen-Klonierung in Europa erzwingt politische Grundsatzentscheidung

Stellungnahme zur ersten Menschen-Klonierung in Europa:

Knapp ein Jahr ist es her, dass sich die Weltgemein-

schaft in New York nicht auf eine Konvention zur Ächtung des Klonens von Menschen einigen konnte. Der von Costa Rica, den USA und anderen Staaten eingebrachte Antrag, die Erzeugung menschlichen Lebens nach der „Dolly-Methode“ als „moralisch widerwärtig“ zu brandmarken, verfehlte um nureine Stimme die Mehrheit.

Die deutsche Bundesregierung hatte in dieser Debatte eine eigenartige Position zwischen Hinhaltenaktik und inhaltlicher Unbestimmtheit – übrigens im Widerspruch zum eindeutigen Beschluss des deutschen Parlaments – vertreten. Bei der Abstimmung fehlte letztlich auch die deutsche Stimme zur umfassenden Ächtung des Klonens. Begründet wurde dies unter anderem mit Rücksichtnahme auf eine gemeinsame deutsch-französische Position.

Doch nun hat Frankreich Ende Juli mit der Novellierung des Bioethikgesetzes seine Position nicht nur verändert, sondern eindeutig festgelegt. Frankreich verbietet auch das so genannte therapeutische Klonen und damit jedwede Anwendung der Klontechnologie am Menschen.

Die Bundesregierung ist deshalb gefordert, jetzt unverzüglich mit der französi-



Helmut Heiderich

schen Regierung zu einer neuen Initiative für die im September wieder aufzunehmenden Verhandlungen bei den Vereinten Nationen zu kommen. Ziel muss es sein, durch eine möglichst breite Mehrheit die Initiative Costa Ricas zu einem weltweit umfassenden Klonverbot zu unterstützen.

Denn eines zeigt die bisherige Entwicklung deutlich. Der rasante Fortschritt der Gentechnologie nimmt auf politische Vertagungen und Taktierereien keine Rücksicht. Schafft es die Politik nicht, politische Leitbahnen rechtzeitig und international vorzugeben, bestimmen Einzelergebnisse weniger ehrgeiziger Forscher, wohin die Reise geht.

Das kann doch wohl kein Politiker letztlich verantworten.

Helmut Heiderich ist der Bio- und Gentechnik-Beauftragte der Bundestagsfraktion.

Bundesregierung versteckt sich hinter fehlenden Daten

Stellungnahme zur Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zur Lebenssituation von Frauen und Mädchen aus muslimischen Familien in Deutschland:

Die Antwort der Bundesregierung ist ein Beleg der Ahnungslosigkeit und Unkenntnis. Die Bundesregierung hat sich bislang kaum mit der Lebenssituation von Frauen und Mädchen aus muslimischen Familien in Deutschland auseinandergesetzt. Mit geschätzten 3,1 bis 3,5 Millionen bilden die Muslime nach den beiden christlichen Konfessionen zwar die drittgrößte Glaubensgemeinschaft in der Bundesrepublik, doch aussagekräftige Statistiken gäbe es in vielen Bereichen keine, so die Bundesregierung. Eigentliches Ziel der Anfrage war es, Informationen über die Lebenssituation von Frauen und Mädchen aus muslimischen Familien in Deutschland zu erhalten, um auf diese Weise Integrationsfragen und politischen Handlungsbedarf herausarbeiten zu können.

Die Unwissenheit der Bundesregierung ist mehr

als peinlich! Gerade die Lebenssituation der in Deutschland lebenden muslimischen Frauen und Mädchen muss eine Kernfrage moderner Integrationspolitik sein: So klagen Lehrer zunehmend darüber, dass sich immer mehr Mädchen aus muslimischen Familien vom Sport- und Biologieunterricht abmelden. Der Migrationsbeauftragte des Berliner Senats bemängelt, dass sich viele Mädchen wegen mangelnder Chancen in die Rolle „Küche, Kinder, Kopftuch“ begeben, weil sie dort eine gewisse Sicherheit finden würden. Der lange Kampf vieler Politikerinnen, Politiker und gesellschaftlicher Gruppen um mehr Gleichberechtigung und das heutige Selbstverständnis von einer gleichberechtigten Teilhabe von Frauen in Beruf, Politik und Gesellschaft gilt auch für diesen Personenkreis.

Wir müssen diesen Mädchen und Frauen helfen, eine gesellschaftliche und berufliche Zukunftsperspektive zu finden. Doch wo soll man ansetzen, wenn die Bundesregierung über ihre Situation offiziell nichts weiß? Die Bundesregierung darf sich nicht länger hinter fehlenden statistischen Daten verstecken. Sie muss die Realität endlich zur Kenntnis nehmen und handeln. Dazu gehört auch,



Maria Eichhorn



Rita Pawelski

dass die Frage der religiösen Zugehörigkeit von Migranten innerhalb der deutschen Integrationspolitik eine stärkere Rolle spielen muss.

Maria Eichhorn ist die Vorsitzende der Fraktionsarbeitsgruppe Familie, Senioren, Frauen und Jugend und **Rita Pawelski** die zuständige Berichterstatterin.

Lkw-Mauteinführung zügig voranbringen

Erklärung anlässlich der Berichterstattung, dass bisher lediglich 20000 Mautgeräte eingebaut sind:

In Sachen Maut hat Minister Stolpe noch 3 wichtige Hausaufgaben zu erledigen:

- Ein funktionsfähiges System muss bis zum 1.1.2005 laufen.

- Um die Wettbewerbsfähigkeit für das Güterkraftverkehrsgewerbe sicher zu stellen, müssen in Brüssel die Harmonisierungsfragen zum Abschluss gebracht werden.

- Die Schadensersatzfor-

derungen gegenüber dem Betreiberkonsortium müssen endlich beziffert und geltend gemacht werden.

Doch positive Nachrichten kann der Bundesminister für Verkehr-, Bau- und Wohnungswesen bisher nicht verkünden. Besorgniserregend ist insbesondere, dass bisher lediglich 20 000 der sogenannten „On-Board-Units“ in LKWs eingebaut worden sind. Noch vor kurzem hieß es aber, dass 90 000 dieser Geräte pro Monat eingebaut werden sollen. Dies ist aber notwendig, damit die anvisierten 500 000 Geräte zum 1.1.2005 zur Verfügung stehen. Aber auch bei seinen Harmonisierungsverhandlungen sowie bei der Geltendmachung der Schadensersatzforderungen ist Stolpe offenbar nicht einen Schritt weiter.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat daher im Bundestag einen Antrag eingebracht, mit dem die Bundesregierung aufgefordert wird, das Projektcontrolling im Hinblick auf die Mauteinführung zu intensivieren und auch Harmonisierung und das Schiedsgerichtsverfahren schnellst möglich zum Abschluss zu bringen. Ich



Dirk Fischer

fordere Minister Stolpe auf, endlich die Fakten auf den Tisch zu legen und die bisher praktizierte Hinhaltetaktik endlich aufzugeben.

Dirk Fischer ist der verkehrspolitische Fraktions-sprecher.

Reform der sozialen Pflegeversicherung schon wieder Makulatur

Erklärung anlässlich der Meldungen zur Finanzlage der sozialen Pflegeversicherung und Forderungen nach umfassender Reform der Pflegeversicherung:

Das von Rot-Grün geplante Gesetz zur Reform der sozialen Pflegeversicherung ist schon wieder Makulatur, bevor es überhaupt von den Koalitionsfraktionen beschlossen ist. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion sieht sich in ihren Befürchtungen be-



Annette Widmann-Mauz

stätigt. Allein in diesem Jahr ist mit einem Defizit der Pflegekassen von einer Milliarde Euro zu rechnen. Rot-Grün ist hierfür zum Teil selbst verantwortlich, so wurde zum Beispiel die Pflegeversicherung durch die Kürzung der Pflegebeiträge für Arbeitslose zu Gunsten des Bundeshaushaltes belastet.

Der Versuch, die Einnahmesituation der Pflegeversicherung durch eine einseitige Belastung von Kinderlosen mit höheren Beiträgen zu stabilisieren, wirkt nicht nur wie eine „Pflegesteuer“ für Kinderlose, sondern droht auch die rot-grüne Koalition zu entzweien.

Die Frage, wie es mit der Pflegeversicherung weitergeht, verlangt nach einer ehrlichen Antwort. Dazu gehört die Erkenntnis, dass Leistungsverbesserungen zum Beispiel für Demenzerkrankte auf Dauer nicht ohne Beitragsanhebungen zu finan-

zieren sind. Jedoch darf der erhöhte Finanzbedarf in der Pflege nicht zu einer weiteren Belastung der Arbeitskosten führen. Zudem brauchen wir auch in der Pflegeversicherung eine ergänzende kapitalgedeckte Rücklage, damit auch die heutigen Erwerbstätigen noch Unterstützung erhalten können, wenn sie später einmal pflegebedürftig werden.

Annette Widmann-Mauz ist die gesundheitspolitische Fraktionssprecherin.

Auswirkungen der Tabaksteuererhöhungen überprüfen

Stellungnahme zu den jüngsten Berichten über die Auswirkungen der ersten Stufe der Tabaksteuererhöhung:

Die Unbelehrbarkeit der Regierungskoalitionen in Sachen Tabaksteuererhöhung rächt sich: Nach der ersten Stufe der im vergangenen Dezember beschlossenen Tabaksteuererhöhung sind Einzelhändler massiv in ihrer Existenz bedroht, die Steuerquelle ist beschädigt, und Anzeichen für zurückgehende Raucherzahlen sind nicht ersichtlich. Die Ziele der Regierungskoalitionen sind damit bislang nicht erreicht worden.



Michael Meister

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hatte sich mit Blick auf solche Auswirkungen für eine moderate Anhebung der Tabaksteuer ausgesprochen und im Deutschen Bundestag entsprechende Anträge gestellt. Damit hätte die Steuerquelle in marktgerechter Weise ausgeschöpft werden können. Gleichzeitig hätte die Chance bestanden, dass der Bezug von Tabakprodukten über den Schwarzmarkt und das Internet nicht ausufert. Diesem Anliegen hat sich die Regierungskoalition verschlossen.

Die Regierungskoalitionen sollten angesichts der Auswirkungen der ersten Stufe überprüfen, welche Auswirkungen die am 1. Dezember 2004 in Kraft tretende zweite Stufe haben wird, und ggf. Konsequenzen hieraus ziehen. Insolvenzen, Arbeitsplatzverluste, weitere Aufkommensverluste und zu

nehmender Schmuggel sind angesichts überzogener Erwartungen an das Tabaksteuerrecht unverantwortbar. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion wird im Finanzausschuss des Deutschen Bundestages eine entsprechende Berichterstattung verlangen.

Michael Meister ist der finanzpolitische Fraktionssprecher.

Steuererhöhung statt Jugendschutz ist realitätsfremd

Stellungnahme zur Einführung der Steuer auf Alcopops:

Seit 1. August wird auf die so genannten Alcopops eine Sondersteuer von 80 bzw. 90 Cent erhoben, womit die Regierung glaubte, den Markt regulieren und das Problem des übermäßigen Alkoholkonsums bei Jugendlichen in den Griff bekommen zu können. Realitätsfremd und ohne Rücksicht auf Verluste wurde die Sondersteuer erhoben. Über andere, vor allem effektive Alternativen, wurde erst gar nicht nachgedacht. Vorschläge der Union nach einer strengeren Überwachung des Jugendschutzes oder die Warnungen,

dass die Sondersteuer ohne Probleme umgangen werden könne, wurden ignoriert. Und es dauerte noch nicht einmal einen Tag, bis die Drogenbeauftragte der Bundesregierung eingestehen musste, dass ihre Steueridee zwar zu mehr Bürokratie, aber nicht zu mehr Jugendschutz führt.

So haben Getränkeindustrie und Handel mit einer Änderung der Rezepturen auf die Sonderabgabe reagiert: Statt Branntwein werden die Mixgetränke jetzt auf der Alkoholbasis von Bier oder Wein hergestellt.

Durch die Hintertür möchte Frau Caspers-Merk nun eine Sondersteuer für Wein- und Biermixgetränke einführen. Wann merkt die Bundesregierung endlich, dass durch solchen Dirigismus keine Probleme gelöst, sondern nur die Fantasie der Hersteller gefördert wird? Das Problem des übermäßigen Alkoholkonsums bei Jugendlichen muss gesamtgesellschaftlich angegangen werden – auch die Hersteller müssen ihrer Verantwortung gerecht werden und mit entsprechenden Strafen rechnen, wenn sie z. B. keine Warnhinweise auf



Günter Krings



Julia Klöckner

ihre Flaschen drucken.

Die höhere Steuer – ihre Verfassungsmäßigkeit sei dahingestellt – ist kein wirksames Instrument, um Kinder und Jugendliche vom Konsum der Alcopops abzuhalten. Stattdessen müssen die Kontrollen in den Supermärkten, Kiosken und Tankstellen intensiviert werden, um den unerlaubten Verkauf von Alcopops an Jugendliche zu bekämpfen. Nur eine entsprechende „Jugendschutzstreife“, harte Strafen bei Verstößen und eine aktive Kennzeichnung der Produkte sind ein effektives Mittel. Dafür gibt es das Jugendschutzgesetz, es muss nur angewandt werden!

Günter Krings ist der Vorsitzende der Jungen Gruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, **Julia Klöckner** ist die stellvertretende Vorsitzende der Jungen Gruppe und zuständige Berichterstatteerin im Ausschuss Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft.



„Willkommen in der 1. Klasse!“

DIN A0
Bestell-Nummer: **7680**
Preis je **50 Stück: 28,75 €**
inkl. MwSt.: 33,35 €

DIN A1
Bestell-Nummer: **7679**
Preis je **50 Stück: 19,00 €**
inkl. MwSt.: 22,04 €



„1. Klasse – so sollte auch die Schulpolitik sein.“

DIN A0
Bestell-Nummer: **7036**
Preis je **50 Stück: 28,75 €**
inkl. MwSt.: 33,35 €

DIN A1
Bestell-Nummer: **7035**
Preis je **50 Stück: 19,00 €**
inkl. MwSt.: 22,04 €



Stundenplan

Bestell-Nummer: **9258**
Preis je **250 Stück: 10,20 €**
inkl. MwSt.: 11,83 €



Mini-Schultüte

Inhalt: 4 Buntstifte, Radiergummi, Bleistift und CDU-Vitaminbonbons

Bestell-Nummer: **9657**
Preis je **10 Stück: 15,30 €**
inkl. MwSt.: 17,75 €

Leporello
„So entstehen neue Jobs“

Bestell-Nummer: **2171**
 Preis je **100 Stück: 11,00 €**
 inkl. MwSt.: 11,77 €



Leporello
„Das Steuermodell der CDU“

Bestell-Nummer: **2172**
 Preis je **100 Stück: 11,00 €**
 inkl. MwSt.: 11,77 €



Leporello
„Willkommen in der CDU“

Bestell-Nummer: **5932**
 Preis je **100 Stück: 16,50 €**
 inkl. MwSt.: 17,66 €



Folder „Sozial ist was Arbeit schafft“

Bestell-Nummer: **2085**
 Preis je **100 Stück: 10,00 €**
 inkl. MwSt.: 10,70 €



Alle Leporellos sind ab dem 23.08.04 verfügbar!

Union Betriebs GmbH
Postfach 1190
53348 Rheinbach
PVSt, Deutsche Post AG
Entgelt bezahlt.

Wo die Union regiert,
geht es den Menschen besser.



Faltplan „Ländervergleich“

Unionsgeführte Länder belegen:
Man kann auch gut regieren

Bestell-Nummer: **2865**

Preis je **50 Stück: 15,25 €**
inkl. MwSt.: 16,32 €



Bundesliga-Spielplan

Bestell-Nummer: **9170**

Preis je **100 Stück: 20,00 €**
inkl. MwSt.: 23,20 €

BESTELLANSCHRIFT

arvato logistics services
Bertelsmann-Versandzentrum
Postfach 1162, 33759 Versmold
Telefax 05241-8041892
e-mail:
cdu-shop@bertelsmann.de